

# HESSISCHE ZUSTÄNDE

---

## ZU DEN ERNEUTEN DROHUNGEN DES „NSU 2.0“

- Hessen ist Hochburg rechter Gewalt: Drohbriefe gegen Janine Wissler reihen sich ein in Kette rechter Vorfälle
- Politik und Sicherheitsbehörden müssen entschlossen gegen rechte Strukturen vorgehen – auch in den eigenen Reihen
- Beratungsstelle response fordert das Innenministerium weiter auf, Blockade zugesagter Bundesmittel für die Beratung nach dem Anschlag in Hanau freizugeben

Wie am Wochenende bekannt wurde, hat die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Hessischen Landtag, Janine Wissler, mehrere mit „NSU 2.0“ unterzeichnete Drohbriefe erhalten. Von einem gleichlautenden Absender waren bereits die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız und ihre Familie mehrfach mit dem Tode bedroht worden – die persönlichen Daten dazu waren von einem Frankfurter Polizeicomputer abgerufen worden. Zu den nun bekanntgewordenen Drohungen gegen Wissler sagt Olivia Sarma, Leiterin der Beratungsstelle response in der Bildungsstätte Anne Frank:

„Als Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt entsetzen uns die Drohbriefe, die Janine Wissler erhalten hat. Überraschen tun uns derartige Vorfälle leider nicht mehr.“ Hessen sei offenkundig seit Jahren ein Zentrum rechter Gewalt – der Mord an Kassels Regierungspräsident Walter Lübcke im Juni 2019, der versuchte Mord an einem Eritreer in Wächtersbach wenig später, der Anschlag von Hanau am 19. Februar und zuletzt die mutmaßlich rassistisch motivierte Messer-Attacke auf einen Minicarfahrer in Kassel Ende Juni führten dies alleine binnen einen Jahres drastisch vor Augen.

Warum immer wieder Hessen? „Aus unserer Sicht hat dies auch damit zu tun, dass Politik und Behörden das Problem zu lange unter den Teppich gekehrt haben. Es gibt in Hessen eine lange Tradition, Rassismus und Rechtsextremismus kleinzureden, insbesondere dann, wenn es um die Frage nach strukturellen Ursachen, etwa in den Sicherheitsbehörden, geht“, so die Leiterin von response. „Noch in diesem Jahr hat Innenminister Peter Beuth verkündet, bei den rechtsextremen Vorfällen in der hessischen Polizei handele es sich um Einzelfälle – wir fragen uns, wie viele Einzelfälle es noch braucht, damit die strukturellen Probleme endlich erkannt und angegangen werden.“

So seien etwa bis heute der 2006 verübte NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel und die Rolle, die der hessische Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme dabei gespielt hat, nicht aufgearbeitet. Auch wer die Anwältin Seda Basay-Yildiz und ihre Tochter als „NSU 2.0“ seit nunmehr zwei Jahren mehrfach mit dem Tod bedroht hat, ist weiter ungeklärt – ebenso die Frage, welche Rolle die Frankfurter Polizei, von deren Rechnern die persönlichen Daten der Anwältin abgerufen wurden, dabei einnimmt. Die nun bekanntgewordenen Drohungen gegen Janine Wissler, erneut im Namen eines „NSU 2.0“ verschickt, reihen sich nahtlos in diese Kette rechter Vorfälle ein.

„In dieser Situation, da die Behörden sich noch immer nicht rückhaltlos für Aufklärung in den eigenen Reihen einsetzen, erschwert das hessische Innenministerium gleichzeitig die Arbeit von response, der hessenweit einzigen Fachberatungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“, kritisiert Olivia Sarma. Wie response vor zwei Wochen öffentlich gemacht hatte, enthält das hessische Innenministerium der Beratungsstelle 50.000 Euro Soforthilfe unter bürokratischen Vorwänden vor, die das Bundesfamilienministerium response nach dem Anschlag von Hanau bereits im März zugesagt hatte und die dringend benötigt werden, um die Kosten der Beratungsarbeit für die vielen Betroffenen des Anschlags zu decken. „Das längst verloren gegangene Vertrauen in die Sicherheitsbehörden, das uns von Rassismus betroffene Menschen in

unserer Beratungsarbeit immer wieder schildern, wird auf diese Weise nicht zurückgewonnen“, so Olivia Sarma abschließend.

(Mehr zum Konflikt von response mit dem Hessischen Innenministerium entnehmen Sie bitte unserer Pressemitteilung vom 22. Juni 2020 [https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/downloads/PM\\_Hessisches\\_Innenministerium\\_blockiert\\_Bundesmitteilung\\_fuer\\_Beratungsstelle\\_response.pdf](https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/downloads/PM_Hessisches_Innenministerium_blockiert_Bundesmitteilung_fuer_Beratungsstelle_response.pdf) sowie dem Pressespiegel: <https://www.bs-anne-frank.de/presse/> ).

### **Bildungs- und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank**

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken – auch in Form digitaler Bildungsformate. Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog\*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem neuen Meldeportal [hessenschauthin.de](https://hessenschauthin.de) können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

# #IstAlltag

# #Hessenschauthin

**Marie-Sophie Adeoso**  
Ansprechpartnerin für  
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232  
M. [madeoso@bs-anne-frank.de](mailto:madeoso@bs-anne-frank.de)  
→ [bs-anne-frank.de](https://bs-anne-frank.de)

Hansaallee 150 |  
60320 Frankfurt am Main